



3.11.2014

- **Europäische Kommission mit guten Startchancen**
- **Mittelfristig EU vor Implosionsgefahren**
- **Private Investitionslücke im Süden der EU – in Deutschland nicht**

Neue Juncker-Kommission vor großen Herausforderungen in Brüssel

Die neue Europäische Kommission unter dem erfahrenen Jean-Claude Juncker ist nach gut fünf Monaten politischer Verhandlungen unter den EU-Mitgliedsländern und den Anhörungen der Kommissarskandidaten im Europäischen Parlament ab 1. November 2014 im Amt. Die halbe Ewigkeit bei der Bestellung der neuen Kommission zeigt eine erste strukturelle Schwäche der EU – denn auch bei der Barroso-Kommission brauchte man in Brüssel ein Mehrfaches an Zeit, was in Deutschland, Frankreich oder den USA für eine Regierungsbestellung nach einer Wahl üblich ist. Darauf schauen nicht nur die Wählerinnen und Wähler in der EU, sondern auch Tokyo, Peking, Washington, Moskau.

Juncker hat eine neue sinnvolle Kommissionsstruktur vorgegeben, indem er mehrere Vizepräsidenten einsetzte, die helfen könnten, strategische Herausforderungen der EU energisch anzugehen. Zu den erfahrenen Kommissaren zählt auch Oettinger, der nach einer recht erfolgreichen Amtszeit im Energieressort nun für die Informations- und Kommunikationstechnologie bzw. die digitale Modernisierung zuständig ist. Von seiner Umsicht und seiner politischen Kompetenz kann in Europa der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologie im Idealfall profitieren, aber eine strukturell große Herausforderung hat Oettinger im neuen Ressort gleichwohl: Die Energieriesen der EU-Mitgliedsländer, die bislang auf seinem Radar standen, waren relativ behäbig, der ganze Sektor nicht besonders innovationsorientiert. In der digitalen Wirtschaft hingegen sind Geschwindigkeit und Innovation Trumpf, die EU liegt hier hinter den USA und teilweise auch hinter Japan und Korea; den Vorsprung in der Mobilkommunikation – in den 90er Jahren dank GSM-Standard erreicht, den die damalige EU-Kommission forcierte – hat man gegenüber den USA verspielt.

Das an der Börse wertvollste digitale Unternehmen der Welt war vor einer Dekade Microsoft, mit einem Marktwert, der etwa dem Zweifachen von Toyota entsprach. Der globale Marktführer in der Börsenkapitalisierung zur Mitte 2014 war Apple, wobei das Unternehmen beim Wert Toyota dreifach übertraf. Unter den größten digitalen Unternehmen der Welt gibt es kaum europäische; die Regierungen und die Kommission sollten die Rahmenbedingungen verbessern, damit EU-Firmen aufschließen und die Internet-Gründerdynamik intensiver wird. Juncker hat digitale Prioritäten angekündigt.

Die Eurozone steht vor der Doppelproblematik Stagnation und Deflationsdruck zu Amtsantritt der Juncker-Kommission. Der neue Kommissionspräsident hat angekündigt, er werde bis zum Jahresende 2014 ein mehrjähriges Investitionsprogramm über 300 Mrd. Euro auf den Tisch legen, um die Wirtschaft anzukurbeln. In Deutschland wird vom DIW behauptet, es gebe allein auf 2010-12 bezogen eine deutsche Investitionslücke von 3,7%, bei der Eurozone von 2% des Bruttoinlandsproduktes. Für Deutschland stimmt diese Zahl sicher nicht, denn das DIW hat seine Berechnungen bzw. Regressionen auf Basis der ökonomisch nichtrelevanten Relation nominale Investition zum nominalen Bruttoinlandsprodukt aufgesetzt, während aus wissenschaftlicher Sicht nur die reale Investitionsquote relevant ist: Da muss man die nominalen Investitionen durch einen entsprechenden Preisindex für Kapitalgüter dividieren und dann bildet man die Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt. Allein aus der Berücksichtigung des Verfalls der Preise

für Kapitalgüter im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie ergibt sich nach EIIW-Studien, dass in Deutschland die effektive reale Investitionsquote in den letzten Jahren rund 4 Prozentpunkte höher war als das DIW ausweist und für die erste Hälfte 2014 ergibt sich nach der DIW-Methode eine Unterschätzung der tatsächlichen effektiven realen Investitionsquote von 1/5. Für den Süden der Eurozone ist allerdings in der Tat eine Investitionslücke feststellbar, speziell in Italien und Spanien, wobei dort – auch nach dem Stresstest vom Oktober 2014 – Probleme des Bankensystems zur privaten Investitionslücke beitragen. Hier sind Rekapitalisierungen und Reformen nötig. In Sachen europäische Investitionsfinanzierung hat das Europäische Parlament vor Monaten gerade mit übermäßiger Zusatzregulierung der Banken die Kreditvergabefähigkeit des Bankensektors vermindert. Das ist ein zu korrigierendes EU-Problem, über das Politik und Banken kaum sprechen.

Sicherlich wird die EU unter Juncker erst einmal eine Konsolidierungsphase hinter sich bringen wollen. Aber neuer Ärger droht schon massiv 2017 durch Großbritannien, wobei Premier Cameron im Herbst 2014 erklärt hat, dass er erstens eine Beschränkung der Intra-EU-Freizügigkeit wünscht und zweitens in 2017 das schon den Briten versprochene EU-Referendum durchführen lassen will. Cameron steht dabei von der nationalistischen Anti-EU-Partei UKIP unter Druck, die auch gegen den freien EU-Personenverkehr ist – so wie in Deutschland die AfD. Wer aber die vier Binnenmarkt-Freiheiten selektiv abwählen will, der gibt ein Signal für die Zerstörung des EU-Binnenmarktes. Während man in Asien in der ASEAN-Gruppe ab 1.1.2015 den Binnenmarkt einführt – mit zeitlich begrenzten Ausnahmen für drei der zehn Länder –, will London ernsthaft die Freizügigkeit begrenzen? Das ist völlig unakzeptabel und keinesfalls sollte die Kommission sich als eine Art Preis für ein britisches Verbleiben eine Aufhebung der Personenfreizügigkeit abhandeln lassen. Dann muss das Vereinigte Königreich eben in die EFTA zurück, die ihr in den 60er Jahren immer zu klein schien.

Die Europäische Kommission wird mehr Mut und Redekunst brauchen als Juncker-Vorgänger Barroso in seinen traurigen Brüsseler Jahren zustande brachte. Von einer historischen Barroso-Rede in der Eurokrise bzw. zu Griechenlands Defizit-Betrug 2009 war nichts zu hören; dass er Irlands faktischen Vertragsbruch durch Nichtregulierung des Bankensektors öffentlich verurteilt hätte oder massive Privatisierung in Athen verlangt hätte, ist nicht bekannt. Griechenland, steht immer noch für einen raffgierigen Staat, der über mehr Staatsvermögen als Schulden verfügt, und trotzdem auch fünf Jahre nach der Krise nicht einmal 1% dieses Vermögens privatisiert hat. Wenn die EU sich zum Gespött von Investoren, Bürgern und Journalisten auf Dauer machen will, dann mag die Kommission derlei Verantwortungslosigkeit weiter mit kühlem Schweigen begleiten, aber dann schaufelt sie der Union ein Grab. Bürgerinnen und Bürger fragen stärker als früher – völlig zu Recht – nach ökonomischen und politischen Vorteilen der EU-Mitgliedschaft; solche zu sichern, Schaden von der EU als Gemeinschaft abzuwenden, Verantwortung zu stärken sind Aufgaben der Kommission. Dass nach dem Untergang der Sowjetunion nicht mehr gemeinsame Furcht die EU zusammenhält, weiß jedes Kind.

Die Kommission müsste selbst die EU energisch reformieren, inklusive Wahlgesetz für das Europäische Parlament, wobei eine einfache Proportionalitätsregel bei der Bevölkerung bei der Zahl der Abgeordnetensitze sinnvoll wäre. Wenn Kalifornien einen massiven Zustrom von Zuwanderern aus anderen US-Bundesstaaten hat, dann nimmt nicht nur das Bruttoinlandsprodukt dieses Bundesstaates deutlich zu, sondern auch die Zahl der nach Washington ins Parlament bzw. den Kongress entsandten Abgeordneten. Diese Logik soll auch für EU-Länder gelten, was das Signal Zuwanderung positiv stärkt.

Wenn also Deutschland oder Großbritannien zehn Millionen Zuwanderer in zwanzig Jahren hätten, dann ergäbe sich bei einem Parlament mit dem Grundsatz 1 Million Einwohner = 1 Sitz eine Zunahme von zehn Sitzen in Brüssel; jedes EU-Land könnte in einem solchen System mindestens einen Abgeordneten haben und ein solches verkleinertes Parlament

wäre auch effektiver als das über 700 Köpfe große Europäische Parlament von 2014. Mindestens die Hälfte der Investitionen gehört von den EU-Ländern Richtung Brüssel geschoben, wohin auch die Konjunkturpolitik der Eurozone gehört; Schritte dazu könnte die Juncker-Kommission gehen. Deren Weichenstellungen werden bis nach 2020 wirken und wenn die EU oder die Eurozone eine solche Union nicht hinbekommen, dann droht der EU längerfristig eine Dominierung durch die USA, Russland, China oder das Chaos im politischen Zerfall. Ein Zerfall der Sozialen Marktwirtschaft wäre dann in der EU denkbar. Schon bald werden bei fehlender EU-Integrationsdynamik andere Integrationsräume in der Weltwirtschaft – Mercosur in Lateinamerika oder die ASEAN – nicht mehr nach Europa als Vorbild schauen.

Die EU soll, dafür wird Juncker mit sorgen, keine Olivenölkännchen regulieren, sondern sich auf die großen Herausforderungen vernünftig einstellen und kluge Politik realisieren. Dazu müsste gehören, dass sie eine eigenständige Kooperationspolitik der EU mit ASEAN, Mercosur und anderen Integrationsräumen entwickelt.

Die Kommission sollte versuchen, den EU-Kapitalmarkt endlich besser zu entwickeln und auch für große Infrastrukturinvestitionen ließe sich mehr privates Kapital bei PPP-Verbundprojekten von Staat und privaten Großinvestoren, etwa Versicherungen, mobilisieren. Dass die EU-Länder bei niedrigen realen Zinssätzen und Stagnation große Infrastrukturprojekte anschieben sollten, versteht sich eigentlich von selbst, die Kommission könnte die Transeuropäischen Netze als Konzept wieder hervor holen. Solche Projekte ließen sich sogar sinnvoll über Eurobonds finanzieren – hierbei wäre Griechenland bis zur Umsetzung einer umfassenden Privatisierung außen vor zu lassen.

Wenn die Eurokrise zurückkehren sollte und die EU in weitere Konflikte stürzte, dann wäre das Wasser auf die Mühlen aller Anti-EU-Parteien. Über den Aufstieg der AfD in Deutschland und damit die Frage nach politischer Stabilität im größten EU-Mitgliedsland wird in Brüssel entschieden. Ohne das miserable Euro-Krisenmanagement und das traurige Bild von Untätigkeit, Blindheit und Konfusion in der Krise gäbe es die AfD gar nicht. Um so wichtiger wird nun sein, wie die neue Kommission handelt und wie auch die Kooperation dieser mit der Europäischen Zentralbank sein wird – in der neuen Bankenunion gilt das um so mehr. Die Kommission, die Mitgliedsländer der Eurozone und die EZB müssen sich vernünftig koordinieren in der schwierigen historischen Ausgangssituation: Wer die EZB immer im Regen stehen lässt und selbst zu lösende Strukturprobleme auf der nationalen Ebene zu lösen verweigert, der wird den Euro eines Tages davonschwimmen sehen auf einem Tsunami unerledigter Probleme und tatsächlicher oder eingebildeter Gefahren. Dass nach einem Zerfall der Eurozone die EU zerbröseln wird, ist nicht nur eine Arbeitshypothese der Bundeskanzlerin.

Der erfahrene Europäer Juncker wird vermutlich relativ gut den notwendigen Dialog mit den Hauptstädten der EU führen, Kompromissmöglichkeiten ausloten und neue internationale Initiativen anschieben können. Ohne eine Unterstützung gerade durch Frankreich und Deutschland aber wird die Kommission kaum effektiv arbeiten können. Beide Länder sollten Juncker dabei unterstützen, die EU-Politik effizienter zu machen, und auch der teilweise massiven Verschwendung von EU-Geldern aus diversen Töpfen in EU-Ländern mit hohem Korruptionsgrad entgegen zu treten. Beide Länder sollten neue gemeinsame Arbeitsfelder entwickeln, etwa bei den Themen Intelligente Stromnetze, Breitbandnetze, Gründer- und Wachstumsförderung. Ganz Europa erwartet, dass diese neue Kommission der EU ökonomische Stabilität und neues Ansehen verschafft.